

## Pressemitteilung

Dienstag, 14. Januar 2025

### **Politische Bildung stärken, nicht blockieren: LEiS-NRW e.V. kritisiert Verbot von Podiumsdiskussionen vor der Bundestagswahl**

Die Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (LEiS-NRW) äußert deutliche Kritik an der Entscheidung des Schulministeriums Nordrhein-Westfalen, Podiumsdiskussionen mit Politiker\*innen an Schulen vor der Bundestagswahl zu untersagen. Dieses Verbot wird als gravierender Rückschritt für die politische Bildung junger Menschen gesehen.

„Schulen sind auch Orte für die Vermittlung demokratischer Werte. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, politische Positionen kennenzulernen, kritisch zu hinterfragen und eine eigene Haltung zu entwickeln. Diese Chance wird ihnen durch das Verbot genommen“, betont Harald A. Amelang, Vorsitzender der LEiS-NRW.

Schulen tragen eine besondere Verantwortung für die Demokratiebildung. Neben der Vermittlung von Fachwissen ist es ihre Aufgabe, den Dialog über politische Themen zu fördern. Podiumsdiskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern demokratischer Parteien bieten Schüler\*innen die Möglichkeit, unterschiedliche Meinungen aus erster Hand zu erleben und zu reflektieren.

„Gerade in einer Zeit, in der politische Debatten auf sozialen Medien oft stark polarisiert und verkürzt geführt werden, brauchen junge Menschen sachliche und ausgewogene Diskussionen. Schulen sind der ideale Ort, um diesen Dialog zu führen – in einem moderierten und sicheren Rahmen“, so Amelang weiter.

Die LEiS-NRW erkennt an, dass die Einführung einer sechs Wochen umfassenden Karenzzeit vor Wahlen grundsätzlich eine sinnvolle Maßnahme sein kann, um sicherzustellen, dass Schulen nicht für direkte Wahlkampfaktiken instrumentalisiert werden. Allerdings hätte diese Regelung aufgrund der Kürze der verbleibenden Zeit bis zum Wahltermin flexibler gehandhabt werden müssen.

„Die Idee einer Karenzzeit ist an sich nicht falsch, denn sie hilft, eine klare Trennung zwischen politischer Bildung und Wahlkampfaktik zu gewährleisten. Doch die Umsetzung muss immer den spezifischen Kontext berücksichtigen. In diesem Fall hätte eine flexible Handhabung die politische Bildung an Schulen nicht beeinträchtigt und gleichzeitig dem Grundsatz der Neutralität Rechnung getragen“, erklärt Amelang.

Die LEiS-NRW verweist darauf, dass Lehrkräfte und Schulleitungen in der Lage sind, solche Veranstaltungen professionell zu gestalten und den Grundsatz der Neutralität zu wahren. „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Schulen nicht in der Lage wären, politische Diskussionen ausgewogen zu organisieren. Vielmehr wird ihnen mit diesem Verbot das Vertrauen in ihre pädagogische Kompetenz entzogen“, kritisiert Amelang.

Andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zeigen, dass solche Diskussionen erfolgreich in den Schulalltag integriert werden können. Dort wird die politische Bildung gestärkt, ohne dass die Neutralität der Schulen infrage gestellt wird.

„Es reicht nicht aus, jungen Menschen theoretisches Wissen über Demokratie zu vermitteln. Sie müssen Demokratie erleben und lernen, aktiv an ihr teilzuhaben. Podiumsdiskussionen sind ein unverzichtbares Instrument dafür“, erklärt Amelang.

„Demokratie lebt vom Dialog. Wenn wir diesen Dialog aus den Schulen verbannen, überlassen wir die Meinungsbildung den lautesten Stimmen auf sozialen Medien – und das kann nicht im Interesse unserer Gesellschaft sein“, warnt Amelang abschließend.

Die Landeselternschaft appelliert an alle Beteiligten, die politische Bildung als zentrale Aufgabe der Schulen zu verstehen und den Schüler\*innen den Raum für informierten, demokratischen Diskurs zu geben.

Team Vorstand

**LEIS-NRW** e.V.

[amelang@leis-nrw.de](mailto:amelang@leis-nrw.de)

01577 – 58 49 450